Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 13. **Montag, 16. Januar 1933, abends.** **86. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Vorschau auf Genf.

Der Krieg im fernen Osten und seine Wirkung auf die Abrüstungskonferenz.

Wenn am 25. Januar die Genfer Abrüstungskonferenz zu einer einleitenden Sitzung zusammentreten wird, so sind die Probleme, die um das Wort „Abrüstung" kreisen, in den letzten Monaten nicht einfacher, sondern unendlich komplizierter geworden. Der japanische Vormarsch in der Provinz Jehol und die Einnahme von Schanhaikwan haben auch dem fanatischsten Völkerbundtheoretiker gezeigt, daß es trotz Genf und seines grünen Tisches noch Gegensätze in der Welt gibt, die lebensstarke Völker nur mit Waffengewalt zu lösen gesonnen sind. Das Gebiet zwischen Mukden und Peking bildet trotz aller Ableugnungen der Japaner bereits heute einen einheitlichen Kriegsschauplatz. Und wenn nicht alles täuscht, gilt der weitere japanische Vorstoß auf Tientsin und Peking dem Herausbrechen eines zweiten „unabhängigen" Staates nach dem Muster von Mandschukuo aus dem Gesamtkörper Chinas. In einer solchen Lage wird die Ohnmacht des Völkerbundes auch denen langsam klar, die ihn für fähig gehalten hatten, „den Schiedsrichter der Welt" zu spielen. Die im Völkerbund vertretenen Großmächte einschließlich Amerika stehen angesichts des mandschurischen Krieges Gewehr bei Fuß, weil sie fürchten, bei einem etwaigen Einschreiten mehr zu verlieren als zu gewinnen. Und wenn geschickte japanische Politik ihnen einzeln dieses oder jenes Stück der Beute verspricht, preisen sie auf Genf und die so oft und nachhaltig gepriesene Solidarität.

Für die deutsche Vertretung (für das Reich wird der Botschafter Nadolny an der Sitzung teilnehmen) sind die Ereignisse im fernen Osten von ausschlaggebender Wichtigkeit, weil mit ihnen auch die Stellung der Großmächte insgesamt zur Abrüstungsfrage in enger Verbindung steht. Ohne Zweifel wird Frankreich natürlich auch weiterhin alles tun, um seine bekannten Sicherheitspläne zu verwirklichen. Für die französische Regierung bildet nach wie vor die Genfer allgemeine Schiedsgerichtsakte von 1928 die Basis seiner Wünsche auf Sicherheit. Und die Gefahr für Deutschland liegt auch nach dem Fünfmächte-Kompromiß vom 11. Dezember v. Js. darin, daß Abrüstung und Sicherheit verquickt werden und von seiten Frankreichs die Forderung aufgestellt wird, daß der Völkerbundsrat als schiedsrichterliche Instanz anerkannt werden soll. Scheitert die Konferenz in irgend einer Form, so wird Frankreich alles daran setzen, um die Schuld daran Deutschland zuzuschieben und dieses als Sündenbock erscheinen zu lassen.

Demgegenüber muß mit aller Klarheit darauf hingewiesen werden, daß vor allem die Stellung Amerikas zur Abrüstungsfrage heute eine andere ist als noch vor Monaten. Seitdem es durch die Bedrohung seiner vitalen Interessen im fernen Osten vor allem an der Frage der Seeabrüstung desinteressiert ist, wird es voraussichtlich den Versuch machen, die Genfer Verhandlungen zu verschleppen. Und man möge sich in diesem Zusammenhang an den Vorschlag einer Vertagung erinnern, den Norman Davis kurz vor der Ankunft des Reichsaußenministers von Neurath am 5. Dezember v. J. in Genf gemacht hat. Aehnliche Vorstöße werden voraussichtlich folgen und bei den diplomatischen Gepflogenheiten bedarf es der ganzen Aufmerksamkeit der deutschen Vertretung, die Ziele solcher Vorstöße zu erkennen.

Der deutsche Reichsaußenminister hat in der Vollversammlung der Liga der Nationen im Dezember v. Js. zum ersten Male mit aller Deutlichkeit auf die Verbindung des Fernostproblems mit der Abrüstungsfrage hingewiesen. Und es ist vor allen Dingen das Problem der Universalität der Abrüstung, an dem Deutschland immer wieder festhalten muß. Sowohl Frankreich als auch Amerika werden angesichts des japanisch-chinesischen Konfliktes eine Teilung des Abrüstungsproblems in einen universalen und einen europäischen Abschnitt propagieren. Und wenn auch England und Italien einer solchen Teilung bisher mit einer gewissen Skepsis gegenübergestanden haben, so dürfte doch hier ein Kompromiß unschwer zu erreichen sein, der schon dadurch im Sinne Amerikas liegen wird, als damit das Problem der Seeabrüstung aus dem schwierigen Komplex der europäischen Fragen mehr und mehr herausgenommen ist. Es bliebe dann lediglich das europäische Landabrüstungsproblem. Und hier dürfte es jedem Einsichtigen klar sein, daß es Frankreich gelingen würde, die deutschen Ansprüche zurückzuschrauben und zu sabotieren.

So ist es für Deutschland von ausschlaggebender Wichtigkeit, an der Universalität der Abrüstung festzuhalten und damit auch die Seeabrüstung in das Gebiet der Konferenz einzubeziehen. Erst dann wird es sich erweisen, daß die Konferenz nicht an Deutschland scheitert, sondern daß sie eigentlich bereits gescheitert ist an dem „frisch-fröhlichen Krieg" der Japaner und an der Unmöglichkeit für Amerika, einer wirklichen Seeabrüstung zuzustimmen, solange die Verhältnisse im fernen Osten so ungeklärt bleiben, wie sie es heute sind.

So wird es in Genf nicht an Sabotageversuchen, Intriguen und scharfen Zusammenstößen fehlen. Die Reichsregierung hat im Sinne des deutschen Volkes, des Deutschtums insgesamt und im Interesse der Befriedung der Welt die Pflicht, mit einem festen einheitlichen Plan an die Konferenz heranzugehen. Jeder falsche Optimismus und jedes Vertrauen zu dem guten Willen der anderen wäre von Uebel. Solange die Kanonen Japans im fernen Osten sprechen, steht „Abrüstung" bei den anderen in schlechtem Kurs. Auch wenn die Vertreter der Großmächte am grünen Tisch in Genf sitzen, ist anzunehmen, daß sie den theoretischen Ausführungen der einzelnen Redner nur mit einem Ohre zuhören. Das andere lauscht auf den Kanonendonner im fernen China.

Die Wahl in Lippe.

Nationalsozialisten und Sozialdemokraten gewinnen gegenüber der letzten Reichstagswahl.

Lippische Koalition gebrochen

Detmold, 16. Januar.

Die am Sonntag in Lippe stattgefundenen Neuwahlen zum Landtag brachten folgendes amtliches Ergebnis:

Sozialdemokraten 29 735 (Reichstagswahl vom 6. Nov. 1932 25 782 bezw. Landtagswahl vom 16. Januar 1929 31 540).

Deutsche Volkspartei 4352 (3628 bezw. 10 054);
Deutschnationale 5923 (9414 bezw. 9576);
Lippisches Landvolk 700 (510 bezw. 6412);
Kommunisten 11 026 (14 601 bezw. 4987);
Staatspartei 828 (558 bezw. 4497);
Nationalsozialisten 38 844 (33 038 bezw. 2713);
Katholische Volksvertretung 2531 (2459 bezw. 2313);
Evangelischer Volksdienst 4510 (4079 bezw. nicht vertr.).

Nach diesem Ergebnis sind 21 Abgeordnete gewählt, die sich auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen:

Sozialdemokraten 7 (bisher 9);
Deutsche Volkspartei 1 (bisher 3);
Deutschnationale Volkspartei 1 (bisher 3);
Lippisches Landvolk 0 (bisher 1);
Kommunisten 2 (bisher 1);
Staatspartei 0 (bisher 1);
Nationalsozialisten 9 (bisher 1);
Katholische Volksvertretung 0 (bisher 0);
Evangelischer Volksdienst 1 (bisher 0).

*

Lippe und die Situation im Reich.

Reichstagsneuwahlen wahrscheinlicher geworden

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir erfahren, hat sich das **Reichskabinett** heute vormittag um 11 Uhr versammelt. Die Beratungen gelten aber weniger der allgemein politischen Lage, als der **weiteren Arbeit an der Notverordnung über den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft.** Natürlich bespricht man in politischen Kreisen heute vormittag sehr stark den **Ausfall der lippischen Wahlen.** Man zieht aus ihrem Ergebnis den Schluß, daß es **nun wahrscheinlich doch zur Auflösung und Neuwahlen im Reich kommen wird.** Dabei wird auf die Veröffentlichung der Pressestelle der NSDAP. verwiesen, die bereits deutlich erkennen läßt, daß sich die parlamentarische Situation von der nationalsozialistischen Seite her zweifellos versteifen wird. Die Nationalsozialisten haben in Lippe gut abgeschnitten und sie ziehen offenbar daraus den Schluß, daß sie auch im Reich Neuwahlen nicht zu fürchten haben würden. In den anderen Parteilagern ist man allerdings der Auffassung, daß die lippischen Wahlen keineswegs typisch für Deutschland seien, sondern bezeichnet das Ergebnis von Lippe als die Folge davon, daß die NSDAP. die ganze Wucht ihres Propagandaapparates auf dieses kleine Land konzentriert hat. Wie weit das richtig ist, mag dahingestellt bleiben; **sicher scheint jedenfalls, daß die Möglichkeiten einer weiteren Vertagung des Reichstages sich nach den lippischen Wahlen sehr stark vermindert** haben.

In der **Sitzung des Aeltestenrates** am kommenden Freitag wird zweifellos erklärt werden, daß die Reichsregierung eine Vertagung als Tolerierung auffasse. In politischen Kreisen glaubt man nicht, daß die Nationalsozialisten dann einer weiteren Vertagung zustimmen werden, so daß **also die politische Aussprache in der am 24. Januar beginnenden Reichstagstagung zu einem scharfen Kampf und zur Auflösung des Reichstages führen dürfte.**

Inzwischen wird der **Reichskanzler die Besprechungen mit Parteiführern,** die bereits in der vorigen Woche begonnen haben, **fortsetzen,** und zwar steht für heute oder morgen der **Besuch des Prälaten Kaas** in Aussicht. Außerdem rechnen politische Kreise für **morgen** mit einer **Aussprache zwischen Hugenberg und Hitler,** ohne daß dabei aber sofort positive Ergebnisse, etwa eine Zusammenarbeit zwischen dem Kabinett Schleicher und den Nationalsozialisten, erwartet werden. **Ob es noch vor dem Reichstag zu einer Umbildung des Kabinetts kommt, das hängt natürlich in erster Linie von dem Verlauf des Aeltestenrates und den bevorstehenden Besprechungen des Reichskanzlers ab.** Das krisenfeste Kabinett, zu dem der Kanzler seine Regierung angeblich umbauen will, ist schon zum Schlagwort geworden, das man in politischen Kreisen dauernd hört. An sich leuchtet es natürlich ein, daß General von Schleicher sein Kabinett so stark wie möglich machen möchte, wenn es zur Auflösung und einem neuen Wahlkampf kommen sollt

*

Reichstagsneuwahlen schon im Februar?

Berlin. (Funkspruch.) Der Eindruck politischer Kreise, daß das Ergebnis der lippischen Wahl die parlamentarische Situation im Reich versteift hat, kommt auch darin zum Ausdruck, daß man sich bereits über das voraussichtliche Datum der Neuwahl unterhält. Man nennt allgemein den 19. oder 26. Februar als Wahltag, da die Reichsregierung im Interesse der Wirtschaft einen langen Wahlkampf vermeiden würde. Ob die Entwicklung sich so zuspitzt, das hängt jetzt aber natürlich ganz von der Haltung ab, die die Nationalsozialisten im Aeltestenrat und im Reichstag einnehmen werden.

*

Die NSDAP. zum Wahlausgang in Lippe.

)(München. Zum Ergebnis der Wahlen in Lippe veröffentlicht die **Reichspressestelle der NSDAP.** eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Der heutige Wahlsieg der NSDAP. widerlegt nicht nur in überraschender Weise die gegnerischen Behauptungen von dem Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung, sondern ist auch der Beweis dafür, daß die Stagnation der NSDAP. völlig überwunden ist und daß eine neue Aufwärtsentwicklung der Bewegung nun begonnen hat. Die nationalsozialistische Welle steigt wieder. Die NSDAP. ist aus der Verteidigung wieder zum siegreichen Angriff übergegangen.

*

Dresdner Blätter zum Wahlergebnis.

Dresden. Zum Wahlergebnis von Lippe schreiben die **Dresdner Nachrichten,** vor allem dürfe den Nationalsozialisten der Konflikt zwischen Schleicher und dem Landbund zugute gekommen sein als den schärfsten Gegnern Schleichers, wobei zu beachten sei, daß Lippe vor allem landwirtschaftlich orientiert sei. **Auf Grund des Wahlergebnisses vom Sonntag dürfe es wohl endgültig erwiesen sein, daß eine Reichstagsauflösung keine irgendwie entscheidende Veränderung im Kräftespiel zugunsten der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung ergeben könne.** So dürfe Lippe wohl solchen Erwägungen endgültig den Todesstoß versetzt haben. Wenn Lippe eine Lehre für die Reichspolitik zu bieten vermöge, so die, daß das Ziel der nationalen Konzentration nunmehr mit aller Energie von allen Beteiligten in Angriff genommen werden müsse.

Der **Dresdner Anzeiger** beschränkt sich in der Hauptsache auf Erklärungen zu den Verschiebungen bei den Wahlergebnissen im Vergleich zu den vorausgegangenen Reichstagswahlen und schreibt anschließend zur Weimarer Rede Hitlers am Sonntag: „Die Rede scheint gleichfalls auf Zunahme der Kampfeslust zu deuten. Wir wollen es abwarten. Vielleicht ist man schließlich doch vorsichtiger in der Auswertung dieses Wahlergebnisses. Vielleicht dringt doch noch die Einsicht durch, daß wir nicht Kampf und immer wieder Kampf, sondern Zusammenarbeit notwendig haben."

Seeckt an den Reichsbund für Arbeitsdienst.

tsd. Dem **Reichsbund für Arbeitsdienst,** der mit seinen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen im ganzen Reiche in überparteilichem Sinne für den Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes in Wort und Tat eintritt, gibt **Generaloberst von Seeckt** in der Bundeszeitschrift „Der Arbeitsdienst" für 1933 als Geleitwort auf den Weg:

„Reichsbund für Arbeitsdienst! Der Name ist ein Programm. Das Reich: unser aller Heim und Hort, unserer Väter Vermächtnis, unserer Söhne Zukunft. Der Bund: die Stärke durch Einigkeit und Kameradschaft. Arbeit: Ehre durch die eigene Kraft und Leistung. Dienst: Die freiwillig übernommene Pflicht gegen sich selbst und das Vaterland. Vorwärts im neuen Jahr!

Das neue rumänische Kabinett

Titulescu wieder Außenminister

Bukarest, 16. Januar.

Das Kabinett Vajda-Voiwod ist nunmehr in folgender Zusammensetzung gebildet worden: Präsidium Vajda-Voiwod, Inneres Mironescu, Aeußeres Titulescu, Krieg Samsonovitsch, Finanzen Madgearu, Handel und Industrie Bugojano, Ackerbau Voicu Nitzescu, Justiz Dr. Popovitsch, Verkehr Mirto, Minister für Siebenbürgen Hatzegan. Das wiedereingeführte Unterstaatssekretariat für Minderheiten ist durch den Siebenbürger Rumänen Serban besetzt worden.